



Alexandra Scheele

Hat die Wirtschaftskrise ein Geschlecht?

Mit der Einführung des Elterngeldes und dem Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen löst das Leitbild der erwerbstätigen Mutter das Modell der "Ernährer-Familie mit Zuverdienerin" ab — diese These hat Claudia Pinl in der letzten Ausgabe der *Blätter* als geschlechterpolitischen Paradigmenwechsel analysiert¹.

Dem ist zweifellos zuzustimmen. Aber, so ist zu fragen, bewegt sich die Gesellschaft aktuell, im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise, tatsächlich auf eine andere Geschlechterpolitik zu? Sind die politisch induzierten Konjunkturprogramme geschlechtergerecht ausgerichtet?

Um es vorwegzunehmen: Meine Antwort lautet Nein. Denn die konjunkturpolitischen Maßnahmen sprechen eine deutlich andere Sprache. Sie basieren auf einem geschlechterpolitischen Konservatismus, dessen Kennzeichen weiterhin die Konzentration auf die industrielle Arbeit und das Leitbild des "männlichen Ernährers" sind.

Zunächst fällt auf, dass beide Konjunkturprogramme überwiegend auf Bereiche zielen, in denen primär Männer arbeiten. Eine branchenspezifische Übersicht über die Verteilung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik zeigt, dass im Baugewerbe rund 87 Prozent der Beschäftigten männlich sind, im Fahrzeug- und Maschinenbau sowie in der Metallproduktion und -verarbeitung jeweils mehr als 82 Prozent, und im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung rund 72 Prozent.

Nun könnte man diese Ausrichtung der Konjunkturprogramme damit rechtfertigen, dass die Bereiche, in denen überwiegend Frauen arbeiten — also die "öffentlichen und privaten Dienstleistungen" oder auch der Handel — nicht so stark durch die Krise gefährdet seien wie die von Männern dominierten Erwerbsbereiche. Und in der Tat ist gerade die Automobilindustrie von massiven Umsatzverlusten betroffen.

Doch ist dies nur die eine Seite der Medaille. Denn zumeist wird übersehen, dass auch einer der größten Frauenerwerbsbereiche, der Einzelhandel, massive Krisensymptome zeigt. Und dies im Übrigen nicht erst seit gestern: In den letzten Jahren mussten bereits einige Handelsketten Insolvenz anmelden, und die Zahl der Vollzeit- und der sozialversicherungspflichtigen Teilzeitbeschäftigten hat kontinuierlich abgenommen. Stattdessen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten stark gestiegen — allein zwischen 2000 und 2007 um 23 Prozent.

Auch im öffentlichen Sektor, in dem der Frauenanteil unter den Beschäftigten bei gut 52 Prozent liegt, wurden zwischen 1992 und 2006 2,1 Mio.

Arbeitsplätze abgebaut; das entspricht einem Rückgang der Beschäftigten um 31 Prozent. Außerdem nahm auch hier die Zahl der Vollzeitbeschäftigten ab, während die Zahl der Teilzeitbeschäftigten zunahm. Eine ähnliche Tendenz lässt sich für das von Frauen dominierte Gesundheitswesen ablesen.

Für die Vereinigten Staaten hat Ariane Hegewisch vom "Institute for Women's Policy Research" (IWPR) bereits darauf hingewiesen, dass Frauen mindestens ebenso stark von der Wirtschaftskrise betroffen sein werden wie Männer — wenn auch möglicherweise mit leichter zeitlicher Verzögerung: "Weibliche Arbeitnehmer arbeiten häufig in staatlichen Einrichtungen — Schulen, Kindergärten oder Bibliotheken. Die Entlassungen kommen dort erst spät im Konjunkturzyklus. Nämlich dann, wenn die Steuereinnahmen sinken und der Staat sparen muss."² Im Gefolge der Krise könnten also noch zehn- oder gar hunderttausende Arbeitsplätze in diesen Bereichen verloren gehen.

Wo sind die neuen Jobs für Frauen?

In den USA haben Frauenverbände deshalb das Konjunkturpaket des neu gewählten Präsidenten Barack Obama scharf kritisiert. Grundtenor dieser Kritik: Das Geld werde vorrangig zur Stützung bzw. Förderung "typischer Männerberufe" eingesetzt. Entsprechend fragte die feministische Philosophin Linda Hirshman am 9. Dezember 2008 in der "New York Times": "Wo sind die neuen Jobs für Frauen?" Hirshman fordert, dass ein geschlechtergerechtes Konjunkturprogramm auch die Bereiche berücksichtigen müsse, in denen viele Frauen arbeiten, da ansonsten Frauen zu den Verliererinnen der Krise werden würden. Eine ähnliche Kritik wurde jüngst auch in Großbritannien laut³.

Obwohl auch in der Bundesrepublik der Umgang mit der Krise von einem geschlechterpolitischen Konservatismus gekennzeichnet ist, sind hier bislang kaum Einwände von gleichstellungspolitischer oder feministischer Seite zu hören. Dieser geschlechterpolitische Konservatismus lässt sich folgendermaßen umreißen: Nach wie vor bestimmen die durch das fordistische Arbeitsmodell geprägten Formen industrieller Arbeit die Arbeits- und Sozialpolitik. Der fordistische Wohlfahrtsstaatskompromiss der Nachkriegszeit zielte auf Massenkonsum und Vollbeschäftigung — wobei sich das Credo der Vollbeschäftigung im Wesentlichen auf Männer beschränkte. Noch immer belohnt beispielsweise — wie auch Pinl zeigt — das Steuersystem, insbesondere das Ehegattensplitting, die Nicht- bzw. nur geringfügige Erwerbsarbeit der Frau.

Dieses Leitbild ist trotz der Änderungen in der Familienpolitik weiterhin grundsätzlich intakt. Insofern handelt es sich nicht um einen grundlegenden Schwenk, sondern nur um graduelle Änderungen, und auch das nur in einigen Bereichen.

Wollte man tatsächlich ein Leitbild fördern, dass die gleichberechtigte Erwerbsintegration von Frauen und Männern bei gleichzeitiger Umverteilung der unbezahlten Arbeit begünstigt, dann bräuchte es ein Konjunkturprogramm, das die Krise als Chance dafür begreift. Dies ist jedoch nicht der Fall, im Gegenteil.

Hierzu zwei Beispiele: So würde ein geschlechtergerechtes Konjunkturprogramm bedeuten, dass die "Bildungs- und Qualifizierungsoffensive" (Beschluss 1) nicht nur in die Sanierung von Bildungseinrichtungen, sondern — gerade mit Blick auf KITAS — auch in die Personalausstattung investieren würde. Zudem müsste für den Bereich

"Beschäftigungssicherung und Qualifizierung" (Beschluss 10), in dem der Ausbau von Betreuung und Pflege angesprochen wird, ein konkretes Programm zur Qualifizierung von Personal entwickelt werden, das dann auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung erhält. Dies geschieht jedoch nicht.

Das Konjunkturpaket bestätigt somit einmal mehr den geringen Stellenwert von Fürsorge, Pflege, Erziehung oder Betreuung, der sich durch die gesamte Arbeitspolitik zieht: Selbst wenn erkannt wird, dass Dienstleistungen ein zentrales Moment des ökonomischen wie auch des gesellschaftlichen Wandels sind, liegt der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit meist auf den produktionsorientierten Dienstleistungen (beispielsweise Fertigung, Montage, Wartung von Maschinen) oder den sogenannten primären Dienstleistungen (Einkauf, Verkauf, Versand, Transport oder Lagerung), wobei auch hier wieder die technikvermittelte Dienstleistungsarbeit in den Vordergrund gestellt wird.

Der Sektor der sekundären bzw. Humandienstleistungen erfährt demgegenüber relativ wenig Aufmerksamkeit, obwohl hier, gerade mit Blick auf die sozialen Dienstleistungen, die Beschäftigung in den letzten Jahrzehnten — jenseits des öffentlichen Sektors — kontinuierlich gewachsen ist. Hat diese diskursive Randständigkeit damit zu tun, dass es sich traditionell um einen zentralen Beschäftigungsbereich von Frauen handelt? Liegt sie darin begründet, dass stillschweigend noch immer davon ausgegangen wird, dass es letztlich wieder die Mütter sind, die die Betreuung der Kinder und die Pflege der Alten organisieren?

Zwar haben sich die beruflichen Perspektiven von Frauen in den letzten Jahren deutlich verbessert. Zugleich trägt aber der anhaltende arbeitspolitische Konservatismus dazu bei, dass sich im Hinblick auf die Verteilung, Organisation und Bewertung von Arbeit nach wie vor eine Vielfalt von Ungleichheitsdimensionen zwischen Frauen und Männern identifizieren lässt. Dies sind vor allem die bereits angesprochene horizontale Geschlechtersegregation des Arbeitsmarktes, also die ungleiche Repräsentanz von Frauen und Männern in den Berufen, und die vertikale Geschlechtersegregation, das heißt die unterschiedliche Verankerung von Frauen und Männern in der innerbetrieblichen Hierarchie.

Das Konjunkturpaket bestätigt den geschlechterpolitischen Konservatismus

Hier läge eigentlich eine große Chance des Konjunkturprogramms. Wenn es das Ziel der gleichberechtigten Erwerbsintegration von Frauen berücksichtigte, könnte es eine neue Weichenstellung in der Arbeits- und Sozialpolitik einleiten. Damit könnte eine Neugestaltung des Verhältnisses von Arbeit und Leben in Gang gesetzt werden, indem man die — unterbewertete und unterbezahlte — notwendige Arbeit gesellschaftlich aufwertet.

Zugleich — und das macht die Krise besonders deutlich — müsste dieses Ziel verbunden werden mit dem Anliegen von "guter Arbeit". Denn der Niedrig- und Niedrigstlohnsektor zeigt drastisch: Nicht jede Arbeit ist auch gute Arbeit.

Es scheint aber so, als ließe sich in der Krise schlecht über Alternativen nachdenken. "Plötzlich klingt vieles merkwürdig überholt, woran Arbeitsmarktpolitiker bis vor kurzem glaubten", schreiben Elisabeth Niejahr und Kolja Rudzio in der "Zeit" vom 23. Dezember 2008. Sie sehen nun, in der Krise, einen großen Umschwung heraufziehen: "Viel ist 2008 zum Thema Arbeit gesagt worden. Immer ging es um die Aussicht auf etwas Besseres:

mehr Jobs, mehr Geld, mehr Lebensqualität". Und jetzt? Ihres Erachtens geht es nurmehr um die "alte, hässliche Angst um Jobs".

Daher muss man befürchten, dass es im Zuge der Krise zu einem Rollback auf dem Arbeitsmarkt kommt — und dass dieser Rückschritt durch die verabschiedeten Konjunkturprogramme zusätzlich befördert wird. Das aber würde bedeuten, dass die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bestehen bleiben — allen politischen Schönwetter-Bekundungen zum Trotz.

¹ Claudia Pinl, Die Zukunft der Emanzipation. Von der Familien- zur Gesellschaftspolitik, in: *Blätter*, 2/2009, S. 94–101.

² Zit. nach Anette Dowideit, Frauen sind die Verlierer der Finanzkrise, in: *Welt online*, 23.12.2008.

³ Vgl. *The Guardian*, 31.1.2009.

Published 2009-03-10

Original in German

Contribution by Blätter für deutsche und internationale Politik

First published in Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2009

© Alexandra Scheele / Blätter für deutsche und internationale Politik

© Eurozine